

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

joel.blunier@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Migration
Stabsbereich Recht
Sekretariat
3003 Bern-Wabern

7. Dezember 2005

Anpassung der Asylstrukturen

Änderungen der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen und weiterer Verordnungen

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Teilrevision der Asylverordnung 2 über die Finanzierungsfragen und zu weiteren Verordnungsänderungen.

Wir begrüßen ausdrücklich die im Entwurf vorgesehene Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Rückkehrhilfe und Rückkehrberatung sowie die Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt der vorläufig aufgenommenen Personen. Diese Instrumente tragen einerseits zur Kostendämmung bei und sind andererseits mit der bewährten humanitären Tradition unseres Landes vereinbar.

Wir nehmen Kenntnis davon, dass zahlreiche der vorgeschlagenen Änderungen zu vermehrter Transparenz in der Finanzierung des Flüchtlingswesens dienen sollen. Auch wir sind für Transparenz, möchten aber gleichwohl zu bedenken geben, dass aus unserer Sicht die Grenzen der Beschränkung der den Kantonen für das Asylwesen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel erreicht, wenn nicht - wie z.B. bei der Bemessung der Nothilfepauschale – überschritten worden sind.

Wir können uns zwar damit einverstanden erklären können, dass während eines Nichteintretensverfahrens keine Zuteilung des Asylsuchenden an den Kanton erfolgt, bleiben aber skeptisch gegenüber der vorgesehenen Ausdehnung des Anteils der materiellen Entscheide während des Aufenthalts in der Empfangsstelle. Die Dauer des zwangsweisen Aufenthalts in der Empfangsstelle wird dadurch erheblich ausgedehnt.

Der Kommentar zur Vorlage geht denn auch davon aus, dass der verlängerte Aufenthalt in der Empfangsstelle den rechtlichen Anforderungen entspreche, da gegen die damit verbundene Einschränkung der Bewegungsfreiheit Rechtsmittel zur Verfügung stünden. Es ist denn auch damit zu rechnen, dass von diesen vermehrt Gebrauch gemacht wird. Nebst einer damit verbundenen Kostensteigerung muss nach unserem Dafürhalten auch damit gerechnet werden, dass die angerufenen Gerichte der Aufenthaltsverlängerung und der damit verbundenen Einschränkung der persönlichen Freiheit nicht stattgeben werden. Diese Massnahme soll mittelbar zu Kosteneinsparungen führen. Unmittelbar aber werden die Ausgaben des Bundes für diese Aufgaben nochmals erhöht.

Wir bitten Sie, unsere Bedenken zu berücksichtigen und verbleiben

Mit freundlichen Grüssen

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Dr. Ruedi Aeschbacher

Nationalrat



Joel Blunier